geltenden Preise für Lieferungen und Leistungen an die Bevölkerung verbunden wird,

- keine Einschränkungen der Leistungen für die Bevölkerung eintreten.

wird angeordnet:

§ 1

Geltungsbereich

(1) Diese Anordnung gilt für Produktionsgenossenschaften des Handwerks sowie für alle anderen Betriebe, die Schrift- und Reklamemalerarbeiten ausführen.

(2) Sie gilt nicht für volkseigene Dienstleistungsbetriebe (Dienstleistungs- und Reparaturbetriebe sowie Betriebe der Stadt- und Gemeindegewirtschaft) und Einrichtungen (leistungsfinanzierte und bruttogeplante) der örtlichen Versorgungswirtschaft.

§ 2

Preise für Lieferungen und Leistungen

(1) Für Schrift- und Reklamemalerarbeiten bleiben die am 31. Dezember 1966 geltenden Preise für die Bevölkerung und alle anderen Abnehmer unverändert.

(2) Für die Preise gelten weiterhin die

- Preisverordnung Nr. 176 vom 8. August 1951 — Preisbildung im Schrift- und Reklamemalerhandwerk — (GBl. S. 774)
- Erste Durchführungsbestimmung vom 10. August 1951 zur Preisverordnung Nr. 176 (GBl. S. 776);
- Zweite Durchführungsbestimmung vom 23. Januar 1952 zur Preisverordnung Nr. 176 (GBl. S. 271);
- Preisbewilligungen für Schrift- und Reklamemalerarbeiten, die den Betrieben erteilt wurden;
- Preisanordnung Nr. 1843/14 vom 20. Juni 1966 — Inkraftsetzung von Preisanordnungen — (Sonderdruck Nr. 544 des Gesetzblattes).

(3) Soweit Lieferungen und Leistungen eigenverantwortlich kalkuliert werden dürfen, sind für Grund- und Hilfsmaterialien die Einstandspreise nach dem Stand vom 31. Dezember 1966 anzuwenden. Werden Transportleistungen kalkuliert, gelten dafür ebenfalls die bis zum 31. Dezember 1966 gültigen Verkehrstarife.

§ 3

Grund- und Hilfsmaterial

(1) Die Betriebe gemäß § 1 beziehen Material (Grund- und Hilfsmaterial) zu den ab 1. Januar 1967 gültigen Industrieabgabepreisen der 3. Etappe der Industriepreisreform.

(2) Die Preisdifferenz zwischen dem Preis des bezogenen Materials (Stand 1. Januar 1967) und den alten Preisen (Stand 31. Dezember 1966) wird den Produktionsgenossenschaften des Handwerks, den privaten Handwerksbetrieben und den privaten Industriebetrieben nach § 7 ausgeglichen.

§ 4

Bewegliche Anlagegegenstände

Die im § 1 aufgeführten Betriebe beziehen bewegliche Anlagegegenstände (u. B. Maschinen, Anlagen,

Werkzeuge, Vorrichtungen) zu Industriepreisen der 3. Etappe der Industriepreisreform (Stand 1. Januar 1967).

§ 5

Neubauleistungen und Baureparaturen

Produktionsgenossenschaften und private Betriebe des Schrift- und Reklamemalerhandwerks, die Neubauleistungen und Baureparaturen in Anspruch nehmen, bezahlen auch nach dem Inkrafttreten der Preisanordnungen der 3. Etappe der Industriepreisreform die 1966 gültigen Baupreise (Preise vor der Einführung der Preisanordnungen der 3. Etappe der Industriepreisreform) entsprechend den Bestimmungen der Preisanordnung Nr. 3000 12 vom 10. Dezember 1966 — Inkraftsetzung von Preisanordnungen der Industriepreisreform — Bauwesen — (GBl. II S. 1006) weiterhin.

§ 6

Transporttarife

(1) Die Industriepreise der 3. Etappe der Industriepreisreform werden für Verkehrsleistungen bei den Betrieben gemäß § 1 wirksam. Für den Ausgleich von Preisdifferenzen bei Verkehrsleistungen gilt § 3 Abs. 2 entsprechend.

(2) Für Transportleistungen im Werkverkehr wird bei den genannten Betrieben die gemäß Preisanordnung Nr. 3030/3 vom 1. November 1966 — Änderung des Güterkraftverkehr-Tarifs (GKT) — ab 1. Januar 1967 festgelegte Verbrauchsabgabe nicht erhoben.

§ 7

Ausgleich der Gewinn- und Einkommensveränderungen

(1) Auswirkungen, die sich auf den Gewinn bei den Produktionsgenossenschaften des Handwerks, privaten Handwerksbetrieben, in der Gewerberolle des Handwerks eingetragenen Betrieben sowie privaten Industriebetrieben im Zusammenhang mit der 3. Etappe der Industriepreisreform ergeben (z. B. durch den Bezug von Material, Werkzeugen, Modellen usw. zu neuen Preisen, durch Veränderung der Transporttarife), werden ausgeglichen:

- bei den Produktionsgenossenschaften des Handwerks und den privaten Industriebetrieben
 - durch Gewinnausgleich nach den Bestimmungen der Anordnung vom 14. November 1966 über die Durchführung vorübergehender finanzieller Maßnahmen bei nichtvolkseigenen Betrieben, für deren Erzeugnisse im Zusammenhang mit der Industriepreisreform neue Industriepreise wirksam werden (GBl. II S. 818),
 - durch Steuerermäßigung gemäß Beschluß des Ministerrates vom 29. September 1966 über die Weiterentwicklung der Finanzwirtschaft im Zusammenhang mit der Einführung der 3. Etappe der Industriepreisreform und zur Förderung der Rationalisierung bei Betrieben mit staatlicher Beteiligung, Produktionsgenossenschaften des Handwerks sowie privaten Industrie-, Bau-, Verkehrs- und Handelsbetrieben (GBl. II S. 711);
- bei den privaten Handwerksbetrieben und Betrieben, die in die Gewerberolle des Handwerks eingetragen sind,